

Der Zusammenbruch der Weimarer Republik – und was weiter?

1932

Herausgegeben
von der Gruppe Arbeiterpolitik

**Der
Zusammenbruch
der
Weimarer
Republik –
und
was
weiter**



Statt eines Vorworts



Die vorliegende Schrift ist mit der oben abgebildeten Titelseite in der kurzen Periode zwischen Legalität und Illegalität am Ende der Weimarer Republik Ausgang des Jahres 1932 in Deutschland erschienen. Sie wurde von der KPD-O schon illegal verbreitet. Gegenüber dem Staatsapparat mußte sie getarnt werden. Unter den primitiven technischen Bedingungen, unter denen diese Schrift hergestellt werden mußte, ließ es sich nicht vermeiden, daß bei der Korrektur eine Maschinensatzzeile versehentlich falsch ausgewechselt wurde. Für uns ist die fehlende Zeile nicht mehr zu rekonstruieren. Deshalb hielten wir es für richtig, auf Seitell den mit einem / gekennzeichneten Absatz wie im Original stehenzulassen.

Die Schrift führt als Erscheinungsort Straßburg an. Straßburg lag damals außerhalb des "Wirkungsbereiches" der deutschen Polizei und Justiz. Daher lag es nahe, die IVKO (internationale Vereinigung der kommunistischen Opposition) und Alfred Quiri, der erst für die in Straßburg erscheinende "Neue Welt" und später die elsässische "Arbeiterpolitik" verantwortlich zeichnete, als Herausgeber zu nennen. Alfred Quiri mußte für seine kommunistische Tätigkeit unter deutscher Besatzung mit dem Leben bezahlen. Nur einige Monate vor Kriegsende wurde er in

Deutschland zum Tode verurteilt und hingerichtet. Waldemar Bolze, der bald nach Kriegsende nach seiner Rückkehr in die Legalität versuchte, den Kontakt mit den elsässischen Freunden und mit Alfred Quiri wieder herzustellen, mußte in einem Brief an seine politischen Freunde damals mitteilen: "... heute von seiner Frau die Trauerbotschaft erhalten, daß er nach 5 Monaten Haft am 5. April zum Tode verurteilt und am 19. April in Stuttgart hingerichtet worden ist ... Wieder ein braver Kumpel weniger..."

Der Verfallsprozess der bürgerlichen Gesellschaft und der bürgerlichen Demokratie zwingt die Menschen heute erneut, sich mit gesellschaftlichen Fragen zu beschäftigen. Dabei entsteht notwendigerweise das Bedürfnis, sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, um, auf ihren Erfahrungen aufbauend, den Ausweg aus den Widersprüchen zu finden. Das kann nicht heißen, daß die kommunistische und Arbeiterbewegung die Erfahrungen und Ergebnisse der vorhergehenden Perioden gedankenlos auf die veränderten Bedingungen anwendet. Daß richtige Verständnis der bisherigen Klassenkämpfe und ihrer politischen und theoretischen Erkenntnisse erleichtert, ja, sie ist Vorbedingung zur Lösung der Fragen der Gegenwart und dient so dem Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse.

Gruppe Arbeiterpolitik

Im Dezember 1972

Die Fragestellung

Die Weimarer Republik hat am 20. Juli den tödlichen Streich erhalten. Lebt sie noch oder ist sie schon tot? Daß die Frage so gestellt werden kann, zeigt, daß es mit ihr zu Ende geht. Der zweite und dritte Staatsstreich hängt in der Luft, ist nur noch eine Frage der Zeit. Die Regierungspresse diskutiert seit Wochen den Staatsstreich mit zynisch-brutaler Offenheit. Die bisherigen Stützen der Weimarer Republik wagen nicht zu antworten: nicht nur, und nicht einmal in erster Linie, weil die Presseverordnungen der Papenregierung ihnen die Kehle zudrücken, sondern vor allem, weil sie nichts zu antworten haben. Die bisherigen Stützen der Weimarer Republik sind nicht in offener Feldschlacht besiegt worden, sie sind davongelaufen, wie die Sozialdemokratie, oder im Überlaufen, wie das Zentrum, oder zerlaufen, wie die Unglückshäuflein der bürgerlichen Demokraten. Keine bürgerliche Partei, die sich nicht bereits mit einem zweiten Staatsstreich grundsätzlich abgefunden hätte. Die Sozialdemokratie drückt das verschämt so aus, daß zwar nicht unbedingt der "Wortlaut", aber der "Geist" der Verfassung gerettet werden soll ("VORWÄRTS"). Das Zentrum macht das in der feineren jesuitischen Form, daß es unterscheidet zwischen einem fixen und einem "variablen" (veränderlichen) Teil der Verfassung. Die bürgerlichen Demokraten endlich wünschen den "verfassungsmäßigen" Staatsstreich - das hölzerne Eisen. Sie sind also schon bereit, die Weimarer Republik sterben zu lassen, aber es soll ein sanfter, ein unmerklicher Tod sein. Die "WIRTSCHAFT" fordert das Ende der parlamentarischen Republik, sie fordert aber zugleich "Ruhe" für das "Geschäft". Im Namen der "Ruhe" haben die bürgerlichen Stützen der Weimarer Republik kampfflos die Waffen gestreckt. Aber es wäre ein kindlicher Irrtum, zu erwarten, daß deshalb, weil die Verteidiger der Weimarer Republik ausgerissen sind und die Hände hochstrecken, die Gegenseite nicht handelt. Die "Ruhe" der einen provoziert die "Unruhe", das Handeln der anderen. Die Biologen erklären, daß das Kennzeichen des Todes dies sei, daß es eine Leiche gibt. Sonderbare Vor-

stellung, als ob die Weimarer Republik sterben könne, ohne daß sie zur Leiche wird. Und noch sonderbarer, zu erwarten, daß die Leiche unbegrenzt lange und unverändert fortexistieren könne. Sie muß und wird aus dem Wege geräumt werden.

Die Arbeiterklasse aber kann sich mit dem Hexeneinmal-eins der feigen Gedankenlosigkeit nicht begnügen. Sie kann sich nicht mit der toten Weimarer Republik einsargen lassen. Sie kann sich auch nicht einbilden, daß, wenn sie selbst sich nicht rührt, die Geschichte stillsteht. Es kann ihr auch nicht genügen, zu wissen, was sie nicht will. Daß sie weder Hitler noch Papen-Schleicher will, ist klar genug. Aber ebenso sichtbar ist, daß dieses Nichtwollen keinen Schritt weiterführt. Warum? Weil die Weimarer Republik keinen Hund mehr vom Ofen lockt. Das Blendwerk der "jungen" bräutlich blühenden Republik, das die Ebert und Scheidemann der Arbeiterklasse vorgaukelten, ist längst zerstoßen und der grauen Ernüchterung, der erstarrenden Gleichgültigkeit gewichen.

Um die Erstarrung zu überwinden, muß die Arbeiterklasse sich ein Ziel setzen, das über das alte, erstorbene Staatswesen, wie über die sterbende, sich in Krämpfen windende kapitalistische Wirtschaft hinausführt. Die Arbeiterklasse muß wissen, was sie an die Stelle der toten Weimarer Republik setzen will. Sie muß wissen, was sie den kapitalistischen Versuchen der Überwindung der Krise entgegensetzen will. Und sie muß wissen, was sie erwartet, wenn sie noch länger passiver Zuschauer bleibt. Die Grundfragen der Staats- und der Wirtschaftsform sind erneut auf die Tagesordnung gestellt.

Sie müssen beantwortet werden, wenn die Arbeiterklasse noch imstande sein soll, den Faschismus und die junkerlich-monarchistische Reaktion zu schlagen. Die Weimarer Republik ist besiegt, aber noch hat der Faschismus nicht gesiegt. Kein Fatum führt ihn zum Sieg. Die Arbeiterklasse hat ihr Schicksal selbst in der Hand. Es gibt keine Lage, in der die Arbeiterklasse nicht handeln müßte und

auch handeln könnte, in der es keine revolutionäre Aufgabe zu erfüllen gäbe.

Vorbedingung ist Klarheit über das Ziel und den Weg. Die folgenden Ausführungen wollen in aller Kürze das sagen, was die Presseverordnungen der Papenregierung nur noch in der "Sklavensprache" der Umschreibungen anzudeuten erlauben.

I. Der Zusammenbruch der Weimarer Republik

Der 20. Juli 1932 streckte das, was von der Weimarer Republik noch geblieben war, als Leiche nieder. Nur das Begräbnis steht noch aus. Von dieser Niederlage gilt, was Karl Marx von der zweiten Niederlage der französischen Republik (1851) im Vergleich zu der Niederlage des Pariser Proletariats in den Junikämpfen 1818 sagte:

"Die bürgerliche Republik siegte. Auf ihrer Seite stand die Finanzaristokratie, die industrielle Bourgeoisie, der Mittelstand, die Kleinbürger, die Armee, das als Mobilgarde organisierte Lumpenproletariat, die geistigen Kapazitäten, die Pfaffen und die Landbevölkerung. Auf der Seite des Pariser Proletariats stand niemand als es selbst. Über 3000 Insurgenten wurden niedergemetzelt nach dem Siege. 15000 ohne Urteil transportiert. Mit dieser Niederlage tritt das Proletariat in den Hintergrund der revolutionären Bühne. Es versucht, sich jedesmal wieder vorzudrängen, sobald die Bewegung einen neuen Anlauf zu nehmen scheint, aber mit immer schwächerem Kraftaufwand und stets geringerem Resultat. Sobald eine der höher über ihm liegenden Gesellschaftsschichten in revolutionäre Gärung gerät, geht es eine Verbindung mit ihr ein und teilt so alle Niederlagen, die die verschiedenen Parteien nacheinander erleiden. Aber diese nachträglichen Schläge schwächen sich immer mehr ab, je mehr sie sich auf die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen. Seine bedeutenden Führer in der Versammlung und in der Presse fallen der Reihe nach der Geschichte als Opfer, und immer zweideutigere Figuren treten an seine Spitze... Es scheint weder in sich selbst die revolutionäre Größe wiederfinden, noch aus den neu eingegangenen Verbindungen neue Energien gewinnen zu können, bis alle Klassen, womit es im Juni gekämpft, neben ihm selbst platt darniederliegen. Aber wenigstens erliegt es mit den Ehren des großen weltgeschichtlichen Kampfes:

nicht nur Frankreich, ganz Europa zittert vor dem Juni-Erdbeben, während die nachfolgenden Niederlagen der höheren Klassen so wohlfeil erkaufte werden, daß sie der frechen Übertreibung von Seiten der siegenden Partei bedürfen, um überhaupt als Ereignisse passieren zu können, und um so schmachvoller werden, je weiter die niederliegende Partei von der proletarischen entfernt ist."

Ist das nicht fast wörtlich die Geschichte der letzten 14 Jahre? Nur, daß in Frankreich in den Zeitraum von 3 Jahren zusammengepreßt ist, was in Deutschland sich in 14 qualvollen Jahren auseinanderzieht.

Die Januarkämpfe 1919, in denen "Spartakus" der Weimarer Republik erlag, erschütterten zwei Erdteile. Die Weimarer Republik bahnte sich den Weg über die Leichen von 10 000 revolutionären Arbeitern, über die Leichen Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs. Um den 20. Juli 1932 zu inszenieren, genügten ein Hauptmann und drei Reichswehresoldaten. Der Januar 1919 - die große geschichtliche Tragödie. Der 20. Juli 1932 - die platte Kommune der Severing und Grzesinski.

Die Weimarer Republik war in Wahrheit schon überlebt, als sie entstand. Oder war es keine Zeitwidrigkeit, daß die deutsche Arbeiterklasse die bürgerlich-parlamentarische Republik, die kleinbürgerliche Demokratie aufrichten half oder aufrichten ließ, als die russische Oktober-Revolution bereits die bürgerliche Republik überholt und in der Räterepublik die wahre Gestalt der proletarischen Herrschaft aufgewiesen hatte? War sie kein toller Widerspruch, diese bürgerliche Republik ohne bürgerliche Republikaner, gestützt fast ausschließlich auf die Arbeiterklasse eines der technisch und wirtschaftlich entwickeltesten Länder Europas? Was war es anderes, als daß die Arbeiterklasse die Rolle der Bourgeoisie übernahm, sie rettete, ihr Knechtsdienste leistete, die Kriegsniederlage auf den eigenen breiten Rücken nahm, die zerrüttete Wirtschaft als gehorsamer Sklave des Kapitals wieder aufrichtete, um da-

für mit allen Geisseln der Inflation, der Rationalisierung, der Wirtschaftskrise gezüchtigt zu werden?

Welche Illusionen, mit denen der Teil der Arbeiterklasse, der der Fahne des Reformismus, der Sozialdemokratie folgte, die bürgerlich-parlamentarische Republik empfing! Welcher Betrug, durch den sie sich verführen ließ!

Der Stimmzettel sollte ihr Schritt für Schritt die proletarische Macht erobern. Stück für Stück sollte der bürgerliche Staatsapparat von ihr besetzt und ihren Interessen dienstbar gemacht werden. Aber auf dem Rücken der sozialdemokratischen Arbeiter kroch nur eine dünne Schicht der reformistischen Partei- und Gewerkschaftsbürokraten in den Staatsapparat, um dort für das Kapital die Dienste zu leisten, die die Bourgeoisie unter eigener Flagge vorläufig nicht mehr leisten konnte. Sie lernten "regieren", "verwalten". Was? Den bürgerlichen Staat, die kapitalistische Ausbeutung. Sie bildeten sich vielleicht ein, in die alte Herrschicht aufgestiegen zu sein. Sie waren nur die zeitweise geduldeten und verachteten Knechte der alten "Herren". Die proletarischen Organisationen, die sie emportrugen, hatten nur den Chor zu spielen, der allenfalls reden durfte, aber nichts zu sagen hatte, der mit allen Mitteln der Demagogie betrogen wurde.

Die bürgerliche Republik, aufgebaut nicht auf dem Siege der bürgerlichen Klassen über die feudalen, sondern auf dem Siege der bürgerlichen Konterrevolution über die proletarische Revolution, blieb von vornherein ein jämmerliches Stück- und Flickwerk. Statt der einheitlichen, großdeutschen Republik, die Marx und Engels 1848 gefordert hatten, blieb ein Rumpfdeutschland, besät mit dem ältesten Schutt der partikularistischen Kleinstaaterei, der längst zu einem Hemmnis selbst für die Bedürfnisse der kapitalistischen Wirtschaft geworden war. Die katholische Pfaffenschaft konnte in der Weimarer Republik zu einer Macht aufsteigen, die sie nie vorher besessen hatte. Die "demokratischen Rechte" der Werkätigen hatte genau den "Spielraum", innerhalb dessen die kapitalistische Klassenunterdrückung gesichert war.

Was darüber hinausging - das fiel in das Ressort des Polizeiknüppels, und wenn es nottat, des Maschinengewehrs. Was noch zuletzt übrig blieb, vollzog die Justizmaschine, ein Brutherd der verstocktesten und heimtückischsten altersgrauen Reaktion, den die "Republik" nie gewagt hatte, auch nur zu berühren, geschweige denn, auszuräuchern, wie sich's gebührte. Die Armee, Offiziere und Mannschaft, blieb von Anfang bis Ende ein auserlesenes Corps der Reaktion. Der Tag, an dem die Ebert-Scheidemann und Noske bei Hindenburg und Gröner, bei Lüttwitz und Erhardt Hilfe suchten gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, dieser Tag enthielt bereits im Keim - den 20. Juli, die Diktatur der Reichswehrgeneräle und der Junker.

Der Wahn von der fortschreitenden Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktätigen verwirklichte sich als fortschreitender Abbau dieser Rechte durch die Sozialdemokratie mit Unterstützung der Sozialdemokratie. / ... Schleicher wie die Hitler gegen diese demokratischen Rechte bedienen, die sie nicht aus den Händen der sozialdemokratischen Führer und Minister empfangen hätten:

Der Artikel 18 der Reichsverfassung - Ebert übte diese Waffe gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, die jetzt gegen seine Partei und seine "Kollegen" angewandt wird. Der Reichskommissar in Preussen des Jahres 1932 - sein Vater ist der Ebertsche Reichskommissar in Sachsen und Thüringen 1924.

Die Quelle der Notverordnungen Papens sind die Notverordnungen Brüning und Braun-Severings. Die Erhebung der Reichspräsidentengewalt - wurde eingeleitet von Hermann Müller im Dienste des Youngplanes. Die Loslösung des Kabinetts vom Parlament - wurde eingeleitet durch denselben Hermann Müller, die Ausschaltung des Parlaments fortgeführt von Brüning mit sozialdemokratischer Unterstützung.

/ ... Keim - den 20. Juli, die Diktatur der Reichs- ...
Siehe auch "Statt eines Vorworts".

"Der Sozialismus marschiert", hieß es 1919. Wie lange ist es her, daß die "Wirtschaftsdemokratie" "marschierte"? Die Zertrümmerung aller sozialen Rechte der Arbeiterklasse: Die Weimarer Republik, die Hermann Müller haben das eingeleitet, was jetzt vor der Vollendung steht.

Die faschistische Konterrevolution, die junckerlich-monarchistische Reaktion, die jetzt der Arbeiterklasse gegenüberstehen, sind keine Zufälle, keine Naturwunder. Sie sind die legitime Frucht der Weimarer Republik, die sie herangezüchtet hat. Die parlamentarische Republik säte die Drachensaat, die jetzt aufgeht. Die parlamentarische Republik, der illusionäre Versuch, die Klasseninteressen des Monopolkapitals und des Proletariats zu vereinigen, hat sich in einem 14jährigen Experiment selbst zum Ende geführt, das die vollständige Widerlegung all der Illusionen gebracht hat, die von Seiten des Reformismus diesem Versuch zu Grunde lagen.

II. Die zwei Lager der Konterrevolution

Die parlamentarische Republik ist zu Ende, gemeinsam von Papen-Schleicher und den Nazis niedergeworfen durch den Staatsstreich des 20. Juli. Was ist an die Stelle der parlamentarischen Republik getreten? Was ist heute?

Auf dem Rücken der Nazis, mit ihrer Unterstützung, hat sich in den Sattel geschwungen dieselbe Gesellschaft, die am 9. November 1918 vor dem revolutionären Sturm in die Mauselöcher kroch, um sich sofort "auf den Boden der Tatsachen" zu stellen, zusammen mit Ebert und Scheidemann, die konterrevolutionäre Konspiration gegen "Spartakus" zu beginnen und sich mit einer Zähigkeit ohnegleichen an die Wiedereroberung der verlorenen Position zu machen: die alten Kriegsschlichter, die Junker, und in ihrem Nachtrab die Spitzen des Monopolkapitals. Schon im Kapp-Putsch (1920) versuchten sie, durch einen militärischen Handstreich wieder zur Macht zu kommen. Sie wurden durch den Generalstreik noch einmal zurückgeschlagen, aber vor der Vernichtung gerettet durch die Ebert-Noske-Scheidemann. Sie lernten aus der Niederlage. Sie begriffen, daß auf dem Wege des Putsches, rein militärisch, die Macht nicht zu erobern und zu halten sei, daß es dazu einer politischen Massengrundlage, breiter, konterrevolutionärer Massenorganisationen bedurfte. Diese schufen sie sich in der Nationalsozialistischen Partei, im Stahlhelm usw. Jüngere Offiziere stellten die militärischen Organisationen, die riesigen Subventionen der Großindustrie lieferten die Finanzmittel. Der geballte Verrat der Sozialdemokratie an den Interessen der Werktätigen und das Versagen der KPD schufen die politischen Voraussetzungen für den Aufstieg der faschistischen Massenorganisationen und des faschistischen Masseneinflusses. 1920, im Kapp-Putsch, setzte sich noch die Masse der Werktätigen gegen die Putschisten ein. Es schien noch der Mühe wert, die junge Republik zu verteidigen. Heute regt sich kein Hund mehr für die Republik, die als der Hungervogt des Monopolkapitals ihre Geißel über die Werktätigen schwang, die

die spärlichen sozialen Errungenschaften der November-Revolution mit eigener Hand in Trümmer legte und die kümmerlichen politischen Rechte der Werktätigen Schritt für Schritt abtrug. Die "Herren" haben klug, systematisch, zäh sich vorgearbeitet, unterstützt vor allem durch die Feigheit, die Dummheit, die reaktionäre Beschränktheit der reformistischen Kleinbürger. Die wähten sich an der "Macht", weil einige Konzessionsschulzen das Privileg erhalten hatten, im bürgerlichen Staatsapparat die Peitsche über die Werktätigen zu schwingen. Sie waren nur geduldet. Nachdem die Mohren ihren Dienst getan, sind sie jetzt im Reich und in Preussen an die Luft gesetzt worden. Die Herren von Ehr' und Taille, die verkrachten Krautjunker, die geschlagenen Generäle, die verschimmelten Bürokraten, haben die "angestammten" Plätze, aus denen sie am 8. November weggeschwemmt wurden, wieder besetzt. Eine hungrige Meute von Parasiten aus der alten Herrenkaste stürzte sich auf die Beute der Staatsposten, die sie knurrend eine Weile den "Sattlern", "Schlossern" und anderem "Mob" hatten überlassen müssen.

Was wollen Sie? Die Restauration! Die Wiederherstellung der alten Junkerherrlichkeit, die am 8. November an ihrer Unfähigkeit, den imperialistischen Krieg zum Erfolg für die Bourgeoisie zu führen, zusammenbrach. Zur Restauration der Junkerherrschaft gehört die Restauration der Monarchie, wie zum Topf der Deckel. Die Herren des "Herrenklubs" haben dann auch keinen Zweifel daran gelassen, daß sie mit der "gottgewollten Ordnung" die Herren von Gottesgnaden wieder auf ihre Throne und Thronchen setzen wollen.

Als Ersatzmonarchen bedienen sie sich einstweilen des alten Kriegsschlächters Hindenburg, den sie mit Hilfe der Weimarer "Republikaner" auf Grund einer Geschichtslegende, die in ihrer Dummheit beispiellos ist, zum "nationalen Heros" aufgeblasen haben. Wenn die Zeit gekommen ist, wird der "Feldmarschall" vor der angestammten Monarchenfamilie, der er kaltblütig den Abschied gab, als die Revolutionswelle heranbrandete, wieder seine Re-

verenz machen. Auch vor dem Kriege war die Junkerherrschaft mit der Monarchie als ihrer Spitze das Machtwerkzeug des Großkapitals, das auf die direkte Ausübung der politischen Herrschaft verzichtete, aber indirekt durch sie seine ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen zur Geltung brachte. Auch jetzt wieder stehen im Hintergrund der Papen-Regierung die Herren des Monopolkapitals. Sie bestimmen ihr wirtschaftliches und gesellschaftliches Programm. Zum Lohn für diese Dienste wird die Junkermeute, die wirtschaftlich längst bankrott ist, auf Kosten der Nation, auf Kosten eines so grandiosen Lebensmittelwuchers, wie ihn selbst die Hohenzollernmonarchie sich nicht leisten konnte, über Wasser gehalten. Für das Monopolkapital, dem der Lohndruck, die Zertrümmerung der Sozialpolitik, die Steuererlasse, die staatlichen Subventionen jährlich Milliarden in den Schoß werfen, sind das immer nur Trinkgelder. Die Notverordnung der Papen-Schleicher-Regierung vom 1. und 5. September ds. Js. schenkt dem Monopolkapital jährlich 5 Milliarden. Was machen da schon ein oder zwei Milliarden, die den Großagrariern zugeworfen werden? Geschäftskosten!

Der Zweck der Papen-Regierung ist die verstärkte Plünderung und Unterdrückung der Werktätigen. Schluß mit dem "Wohlfahrtsstaat"! Vor allem wollen die Herren sich selber "wohltun". In der Konkurrenz um den Weltmarkt, in dem Konkurrenzkampf um die Überwindung der Wirtschaftskrise ist das deutsche Kapital schwer "gehandicapt" durch die Niederlage im Weltkrieg und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen. Die Arbeiterklasse, der "innere Feind", stellt die Linie des geringsten Widerstandes dar. Es gilt nicht nur, während der Krise die Lebenshaltung der Arbeiterklasse auf die absolute Hungerlinie herabzudrücken, es gilt auch zu verhindern, daß die Arbeiterklasse, falls die internationale Wirtschaftskonjunktur sich wieder wendet, den verlorenen Boden wieder erobert, es gilt, sie auf der Hungerlinie festzuhalten. Die Chancen der Eröffnung neuer Absatzmärkte für das deutsche Kapital sind gering. Die allgemeine und grundlegende Erhöhung des Ausbeutungsgrades der Arbeitskraft bei gleichzeitiger dauernder Brachlegung eines Teil der Produktionsmittel: das erscheint dem Kapital als der einzige Ausweg.

Die Mittel aber, um diesen Zweck durchzuführen, laufen alle auf das eine hinaus: verstärkte politische Unterdrückung der Arbeiterklasse, verstärkter staatlicher Druck, Raub der kümmerlichen demokratischen Rechte, die die bürgerliche Demokratie der Arbeiterklasse gibt. Der Staatsstreich vom 20. Juli geht schwanger mit neuen Staatsstreich. Die "Revolution von oben" wird offen angekündigt. Die Sondergerichte sollen jeden Widerstand der Arbeiterklasse zerschmettern. Die Presseverordnungen geben an Wirkung gegenüber der Arbeiterpresse der Kriegszensur nichts nach. Die restaurierte Monarchie, falls es dazu kommen würde, stünde, soweit die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse in Betracht kommen, noch tief unter der ehemaligen Hohenzollernmonarchie.

Die alte Hohenzollernmonarchie sah sich unter dem Druck der Arbeiterklasse und begünstigt durch den Aufstieg des Kapitalismus genötigt, ein gewisses Maß von Sozialpolitik einzuführen. Jetzt werden nicht nur die sozialpolitischen Errungenschaften der Novemberrevolution, sondern auch die der Vorkriegszeit zertrümmert. Der kapitalistische Aufstieg vor dem Kriege ermöglichte den wirtschaftlichen Aufstieg eines Teils der Arbeiterklasse. Der beschleunigte kapitalistische Niedergang treibt das Kapital dazu, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse noch hinter die der Vorkriegszeit herabzudrücken. Die alte Hohenzollernmonarchie war genötigt, mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, wenn auch dieses Parlament keine wirkliche Macht besaß. Das Parlament und die parlamentarischen Parteien werden jetzt ausgeschaltet. Die alte Hohenzollernmonarchie stützte sich auf ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht. Das Heer der Hindenburg-Papen-Schleicher ist ein klassenmäßig sorgfältig auserlesenes Berufsheer. Die Arbeiter sind unbewaffnet und gerade die jüngsten Jahrgänge nicht mehr in den Waffen geübt. Die Hohenzollernmonarchie mußte noch die Gewerkschaften dulden. Die Papenregierung zieht ihnen durch die Zerschlagung des Tarifrechts den Boden unter den Füßen weg.

Führt die junkerlich-monarchistische Reaktion ihr Programm durch, so wird die restaurierte Monarchie nicht einfach die

Rückkehr hinter 1918 und 1914 sein, sondern etwa auf 1850/60 und in mancher Hinsicht zum Vormärz.

Aber wird die junkerlich-monarchistische Konterrevolution ihr Programm durchführen können?

In ihrem Rücken steht die faschistische Konterrevolution. Das ist diejenige Gruppe der Konterrevolution, die das letzte Wort der konterrevolutionären Gewalt in der Zeit des kapitalistischen Niederganges darstellt. Ihre Kerntruppen sind die Nationalsozialisten. Sie sind die ausschlaggebende faschistische Organisation. Am 13. August trennten sich die Wege der beiden Gruppen der Konterrevolution. Sie kämpfen jetzt um den Anteil der Macht. Wer soll die politische Herrschaft haben, das ist jetzt die Frage. Die Papen-Schleicher haben dem Nazi-Terror gegen die Arbeiterklasse freie Bahn gelassen. Aber sie weigern sich noch, ihnen die volle politische Macht abzutreten, sich ihnen politisch unterzuordnen. Die Papen-Schleicher stellen die letzte Form der direkten politischen Herrschaft der herrschenden Klasse dar. Junker und Militärs sind die letzte politische Reserve der Kapitalistenklasse.

Im Ringen dieser beiden Gruppen der Konterrevolution stehen die günstigsten Chancen auf Seiten des Faschismus. Worauf stützen sich die Papen-Schleicher? Auf die Reichswehr. Aber sie haben nur die Spitzen. Die Mannschaft der Reichswehr und die jüngeren Offiziere sind überwiegend faschistisch. Die Deutschnationale Partei: sie ist als Partei längst an die Wand gedrückt von der Nationalsozialistischen, und sie wird noch weiter zerrieben werden.

Der Stahlhelm: er ist keine Partei, sondern eine halb-militärische Organisation, in der bereits der faschistische Einfluß in der Masse überwiegt.

Die Papen-Schleicher-Regierung hat der großen Bourgeoisie in ihren letzten Notverordnungen riesige Brocken hingeworfen. Aber der Bourgeoisie und der Junkerschaft kommt der Appetit beim Essen. Sie präßen die Brüning-Regierung aus, um sie dann beiseite zu werfen. Die große Bourgeoisie ist

mit den Papen-Schleicher nicht verheiratet, sie gebraucht sie, solange sie zu gebrauchen ist. Schon eine (voraus- zusehende) Niederlage der Regierung Schleicher-Papen in der Frage der Aufrüstung kann genügen, um aus dem Riß zwischen dem militärischen und zivilen Teil der Regierung den Bruch zu machen und auch die letzte politische Reserve der Bourgeoisie zu erledigen.

Solange die Arbeiterklasse nicht als selbständige revolutionäre Kraft eingreift, saugen die Faschisten neue Kraft aus ihrem Konflikt mit der junkerlich-monarchistischen Konterrevolution, der ihnen erlaubt, die Maske des Vorkämpfers für die Parlamentsrechte und die Volksrechte, der Kämpfer gegen die soziale Reaktion, gegen die "feinen Herren" anzulegen, sich "sozialistisch" und "revolutionär" zu gebärden. Der Faschismus ist nicht geschlagen. Er bereitet vielmehr den entscheidenden Angriff vor. Die junkerlich-monarchistische Konterrevolution ist kein Wall gegen den Faschismus, sondern nur ein dünner Wandschirm und zukünftiger Gehilfe.

III. Konterrevolution oder Revolution

So ringen jetzt zwei Gruppen oder Richtungen der Konterrevolution miteinander um die Macht. Die Revolution von oben in zweierlei Gestalt steht vor der Arbeiterklasse und den Werktätigen. Keine der beiden konterrevolutionären Gruppen kann ihre Ziele ohne Verfassungsbruch, ohne Staatsstreich, ohne Gewalt gegen die Werktätigen durchsetzen und festhalten. Mit welcher juristischen Sophisterei dies umkleidet wird, ist belanglos. Der Gegensatz dieser beiden Gruppen gegen die Arbeiterklasse und gegen ihre politischen und sozialen Rechte ist unbedingt und unbeschränkt. Ihr Gegensatz untereinander ist nur bedingt und beschränkt. Ist der Machtkampf unter ihnen entschieden, so werden sie beide gegen die Arbeiterklasse zusammengehen.

Seit dem 20. Juli steht die Arbeiterklasse "hors de combat" - außerhalb des Gefechtes. Sie sieht ohnmächtig, hoffend und fürchtend, dem Austrag des Konfliktes ihrer beiden Todfeinde zu. Die spontanen Abwehrreaktionen gegen den faschistischen Terror, die nach der Aufhebung des Uniformverbots der SA mächtig aufflammten, sind so gut wie eingestellt. Ihnen hat der 20. Juli, die kampflose Kapitulation der Sozialdemokratie und der Rückfall der KPD in die reine Sektiererertaktik, das Genick gebrochen. Der staatliche Terror der Sondergerichte hat den spontanen Widerstand vollends ausgelöscht. Ja, selbst die Stimme des Protestes gegen den Terror der Sondergerichte und gegen die Notverordnungen der Papenregierung vom 1. und 5. September ist kaum hörbar.

Aber so wenig wie der Zusammenbruch der Sozialdemokratie am 1. August 1934 die proletarischen Revolutionäre der Pflicht enthob, die Stimme des revolutionären Protestes zu erheben und ihrer Klasse den Weg des revolutionären Kampfes zu zeigen, mochten die unmittelbaren Aktionsmöglichkeiten noch so gering sein, so wenig ist dies nach dem Schlag vom 20. Juli erlaubt.

Um den Weg für die Wiedererhebung der Arbeiterklasse zu bahnen, gilt es vor allem, die Schuldigen im Lager der

Arbeiterklasse selbst der Klasse sichtbar zu machen, sie anzuklagen und niederzukämpfen. Die Wiedererhebung ist nur möglich, wenn und nachdem die Arbeiterklasse die Schuldigen an dem Zusammenbruch erkannt und mit ihnen abgerechnet hat, wenn sie die Lehren der Niederlage zieht. Für das 20. wie für das 19. Jahrhundert gilt:

"Proletarische Revolution dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, wo die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr zur Unmöglichkeit macht und die Verhältnisse selbst rufen:

Hic Rhodus, hic Salta!

Hier ist die Rose, hier tanze!"

(Karl Marx, 18. Brumaire).

Der Hauptschuldige des Zusammenbruchs vom 20. Juli ist die Sozialdemokratie, ist der Reformismus. Der 20. Juli sprach das Urteil über 14 Jahre reformistischer Politik. Das Urteil lautet: gewogen und zu leicht befunden. Der Reformismus ist durch die Tatsachen widerlegt und gerichtet. 14 Jahre war für ihn eine reichliche Zeit, die Probe auf sein Exempel zu machen. Die Probe ist bis zu Ende durchgeführt, und dies Ende ist der völlige Zusammenbruch, die absolute Widerlegung durch die Tatsachen. Es sind nicht einzelne Fehler des Reformismus, die den Zusammenbruch herbeigeführt haben. Über den Reformismus als Ganzes ist durch das 14jährige Experiment der Stab gebrochen. Der Weg der bürgerlichen Demokratie hat mit dem Genickbruch geendet. Am Ende des Wegs der sozialen und politischen Reformen steht die Vernichtung aller Reformen durch die Konterre-

volution. Der Verzicht auf die revolutionäre Gewalt führte zum Triumph der konterrevolutionären Gewalt. Der Verzicht auf die proletarische Diktatur führte zur Wahl zwischen zwei Arten der konterrevolutionären Diktatur. Das Urteil des 20. Juli ist gesprochen, aber erst zum Teil vollstreckt. Der Klassengegner wird an seinem Teil die Vollstreckung vollenden. Er wird am Ende der äußeren Existenz der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ein Ende machen. Was kann ihn nach dem 20. Juli hindern, wo es sich zeigte, daß die Sozialdemokratie nicht wagt, sich zu verteidigen, und nach dem 1. und 5. September, wo die Gewerkschaften die Anschläge auf ihre Existenz nicht durch Kampf, sondern durch Bittgänge beantworten?

Auch die härtesten Schläge des Gegners sind aber ohnmächtig, wenn die Organisation, die diesen Schlägen ausgesetzt ist, die Sache ihrer Klasse vertritt. Bismarcks Sozialistengesetz warf die Sozialdemokratie für eine kurze Zeit zurück, um ihren Anhang und Einfluß dann nur um so mächtiger anschwellen zu lassen. Die heutige Sozialdemokratie aber hat jedes Recht verwirkt, als Verteidigerin der Arbeiterklasse zu gelten. Die Arbeiterklasse muß unter die Rechnung des Reformismus den Schlußstrich ziehen.

Was heißt das aber anderes, als daß die Bilanz der 14 Jahre von 1918 bis 1932 für den Kommunismus entschieden hat? Die Widerlegung des einen ist die Bestätigung des anderen. Denn nur die zwei Grundrichtungen sind möglich.

Aber gehen aus dieser geschichtlichen Prüfung die Grundsätze des Kommunismus als Sieger hervor, so darum noch keineswegs die kommunistische Partei in ihrem jetzigen Zustand, mit ihrer jetzigen Taktik. Vielmehr hat die Taktik der kommunistischen Partei seit 1928 keinen geringeren Zusammenbruch erlitten als die Grundsätze des Reformismus. Diese Taktik hat politisch wie gewerkschaftlich mit der Aktionsunfähigkeit der KPD geendet. Die Hebel der Massenaktion sind der Partei durch ihre eigenen taktischen Fehler aus der Hand ge glitten. Um der Chimäre, der Schaffung der eigenen Gewerkschaften willen, gab die Partei den Kampf um die Eroberung

der bestehenden Gewerkschaften auf. Dieser illusionäre Versuch endete mit einem doppelten Fiasko: Kein kommunistischer Einfluß mehr in den reformistischen Gewerkschaften und am Ende auch der Zusammenbruch der "Roten" Verbände, die niemals über den Umfang kleiner, kampfunfähiger Splitterorganisationen hinausgekommen sind.

Die Kommunistische Partei zeigte sich so außerstande, das Erbe des bankrotten Reformismus anzutreten.

Die Kommunistische Partei bedarf einer Erneuerung an Haupt und Gliedern.

Auch hier müssen die Lehren der Niederlagen gezogen werden. Die "Halbheiten", die Schwächen, die Erbärmlichkeiten, die zu dem Versagen geführt haben, müssen ausgemerzt werden.

Hand in Hand mit dieser inneren Bereinigung der Arbeiterbewegung muß die klare Zielsetzung nach außen gehen. Die objektive Lage fordert heute von der Arbeiterklasse, daß sie der "Revolution von oben", d.h. der Konterrevolution, die Revolution von unten gegenüberstellt. Die Lage erlaubt nur entweder die konterrevolutionäre oder die revolutionäre Lösung. Die revolutionäre Lösung kann in bezug auf die Staatsmacht nur in der proletarischen Diktatur, in Gestalt der Räterepublik bestehen. In bezug auf die Wirtschaft nur noch in der Übernahme der Leitung der kapitalistischen Betriebe durch Arbeiter und Angestellte und ihre Umstellung auf die Deckung des Massenbedarfs - als revolutionäre Übergangsmaßregel zur Umstellung der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage, d.h. die Enteignung der kapitalistischen Betriebe durch die proletarische Staatsmacht und ihre Leitung durch die Organe des proletarischen Staates. Die Verteidigung der demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen ist nicht mehr möglich im Rahmen und auf dem Boden der Weimarer Republik. Dieser Boden ist der Arbeiterklasse unter den Füßen weggesackt, dieser Rahmen ist gesprengt. Der konterrevolutionären Gewalt kann nur die revolutionäre Gewalt begegnen. Mit der Junker- und Generalsdiktatur und der faschistischen Diktatur kann nur die

proletarische Diktatur fertig werden. Der bürgerliche Staatsapparat kann nicht erobert, er kann nur zertrümmert und durch einen Neuaufbau auf der Grundlage der Räte ersetzt werden. Entsprechendes gilt auf wirtschaftlichem Gebiet. Kein kapitalistischer Ausweg aus der Krise ist in Deutschland möglich, der nicht die Ausbeutung der Arbeiterklasse unerträglich verschärfen und eine dauernde Massenarbeitslosigkeit hinterlassen würde. Keine kapitalistische "Lösung" der Krise ist imstande, den allgemeinen Niedergang des Kapitalismus umzukehren oder auch nur für längere Zeit die Not der Arbeiterklasse zu lindern. Was für die Arbeiterklasse gilt, gilt entsprechend für die Angestellten, die Intellektuellen, für das Kleinbürgertum. Jede kapitalistische "Lösung" bedeutet nur die Verlängerung der Qualen und Opfer der Arbeiterklasse, wie aller anderen werktätigen Klassen.

Mag heute die Arbeiterklasse subjektiv noch so unvorbereitet dafür sein, um diese revolutionäre Lösung zu erkämpfen, objektiv, von den Tatsachen, ist der Arbeiterklasse diese Aufgabe gestellt, und je länger sie verschoben wird, umso höher wird der Berg der Leiden und Opfer steigen, umso brutaler wird die faschistische Konterrevolution die Arbeiterklasse niederwerfen und niederhalten. Kein Gott und kein Teufel nimmt der Arbeiterklasse diese Aufgabe ab.

Was unmittelbar zu tun ist, ist, den beinahe erloschenen Funken des Klassenbewußtseins in der Arbeiterklasse wieder anzufachen, ihren Protest gegen die Konterrevolution und ihre Taten zu organisieren, um auch nur das elementarste Klassengefühl wieder herzustellen, was nur möglich ist, an proletarischen Kräften zum Widerstand zusammenzufassen und die Kader zu sammeln, die den Wiederaufstieg der Arbeiterklasse führen können. Der Widerstand muß im Zeichen der proletarischen Einheitfront organisiert werden. Der Gegenangriff aber, der Kampf um die proletarische Diktatur, kann nur unter der Fahne des Kommunismus geführt werden.

Der Gegenangriff kann aber nur aus der Organisation der Abwehr heraus entwickelt werden.

Auch die Räte fallen nicht vom Himmel. Ihre Keimzellen sind Einheitsfrontorgane, welche Namen sie auch tragen.

Ebenso fällt der politische Massenstreik, das nächste große Kampfmittel, das die Arbeiterklasse ins Auge fassen muß, nicht vom Himmel. Er kann nur entspringen aus der unausgesetzten und sich steigernden Gegenwehr gegen die alltäglichen Angriffe des Kapitals.

Wenn der "Demokrat ebenso makellos aus der schmachlichen Niederlage herausgeht, wie er unschuldig in sie hineingegangen ist, mit der neugewonnenen Überzeugung, daß er siegen muß, nicht daß er selbst und seine Partei den alten Standpunkt aufzugeben, sondern umgekehrt, daß die Verhältnisse ihm entgegenzureifen haben." (Marx): so muß dagegen die Arbeiterklasse, bei Strafe der grausamsten Heimsuchungen, der ungeheuersten Opfer, unerbittlich die Lehren aus ihrer Niederlage ziehen.

Nur unter dieser Bedingung vermag sie zum revolutionären Handeln zu gelangen, das allein imstande ist, die Todeszuckungen der alten Gesellschaft abzukürzen und die Geburt der neuen zu beschleunigen.

Nachschrift (15. September)

"Der zweite und dritte Staatsstreich hängt in der Luft, ist nur noch eine Frage der Zeit", schrieben wir in der Einleitung dieser Schrift. Am Ende können wir bereits den Vollzug des zweiten Staatsstreichs registrieren. "Die Boten reiten schnell". Der 12. September setzte den 20. Juli fort. Das Parlament beschloß mit über neunzehntel Mehrheit das Mißtrauen gegen die Papenregierung und die Beseitigung ihrer Notverordnungen vom 4. und 5. September. Aber nicht die Regierung und ihre Notverordnungen flogen, sondern das Parlament flog auf. Schwer zu sagen, wer sich bei diesem Heldenkampf mehr blamierte. Hier Papen, der mit seiner roten Mappe fuchtelnd den richtigen Einsatz verpaßte, oder der Reichstag, der mit seinen schwarzbraunen Fechttern an der Spitze, zwischen "Kampf und Kuhhandel" mit den Junkern hin- und herschwankte, eine wahre parlamentarische Schmierens-Komödie aufführte und dessen Reste von einer Kapitulation zur anderen taumeln.

Die "Leiche" der Weimarer Republik, die die Luft verpestete, ist nun schon aus dem Wege geräumt von den ostelbischen und westfälischen Granden. Sie lassen durch eines ihrer Leiborgane verkünden, daß "wir in der Diktatur stehen" und gebieten gleichzeitig männiglich, die "Verfassungsmäßigkeit" ihres zweiten Staatsstreiches anzuerkennen.

Der zweite Staatsstreich der Serie ist, was die Rolle auf beiden Seiten der Beteiligten anlangt, noch schmälicher als der erste vom 20. Juli. Da ist die Sozia'demokratie, die, als wäre nichts geschehen, noch einmal herleierte "Wahltag ist Zahhtag". Den "Zahhtag" vom 20. Juli hat der Junkerstiefel in den Kot getreten. Es lebe der nächste "Zahhtag".

Da ist das Zentrum, das mit den Nazis mogelte und bereits wieder mit Papen mogelt.

Da sind die Nazis, die am 13. August "dieselben Vollmachten wie Mussolini nach seinem Marsch auf Rom" verlangten und

sich jetzt als die Verteidiger der Weimarer Verfassung, als die Wähler der Parlaments- und Volksrechte aufspielen.

Die komischste Rolle spielen die parlamentarischen Vertreter der KPD, die die parlamentarische Schmierkomödie und den Kampf für die Parlamentsrechte tödlich ernst nehmen, ohne auch nur im mindesten zu ahnen, wie sie den Nazis ihre Demagogenrolle damit erleichtern; die noch mit keiner Silbe der Arbeiterklasse zu verstehen gegeben haben, daß sie ebenso wie gegen Papen-Schleicher, so auch gegen das Parlament zu kämpfen hat, das nur noch ein Werkzeug der Vorbereitung der faschistischen Diktatur ist. Statt dessen spielen sie die Statisten der faschistischen Parlamentskomödie, die Paladine der seligen Weimarer Republik ...

Von der Parlamentstribüne herab, der letzten Stätte des freien Wortes, mußte nicht nur den Papen-Schleicher, sondern auch dem Faschistenparlament selbst der Handschuh ins Gesicht geschleudert, mußten nicht nur die Staatsstreich-Junker, sondern auch die parlamentarisch maskierte Faschistenmeute demaskiert und denunziert werden.

Von der Parlamentstribüne herab mußte die Arbeiterklasse zum Generalstreik gegen Papen und Hitler, gegen Staatsstreich und Notverordnungen aufgerufen werden. Von der Parlamentstribüne herab mußte die Pflicht der Arbeiterklasse zur Revolution "von unten" proklamiert werden.

Von der Parlamentstribüne aus mußte die Räterepublik als Kampfziel hingestellt werden. Ist es mehr komisch oder traurig, wenn als die letzten Paladine der Weimarer Republik die Abgeordneten der KPD erscheinen?

All die groteske Komik, mit der die Weimarer Republik verscharrt wird, hindert aber nicht, daß die Arbeiter durch eine wahre Hölle zu wandern haben werden, wenn sie nicht den vollendeten Staatsstreich der junkerlichen Konterrevolution und dem sich vorbereitenden Staats-

streich der faschistischen Konterrevolution ihre eigene revolutionäre Aktion entgegensetzt:

unter dem eigenen Ziele - dem der Räterepublik
mit den eigenen Kampfmitteln - dem des Generalstreiks
unter dem eigenen Banner - dem der proletarischen
Revolution.

Für die proletarische Diktatur, gegen junkerliche und
gegen die faschistische Diktatur!

Der 12. September unterstreicht noch stärker als der 20. Juli:

Die innere Bereinigung in den Reihen der Arbeiterbewegung
muß Hand in Hand gehen mit der revolutionären Wendung gegen
den Klassenfeind.

Die eine muß so schonungslos, so radikal, so durchgreifend
sein wie die andere.

Schluß mit dem bankrotten Reformismus!

Schluß mit der ultralinken Taktik der KPD!

Erneuerung der Kommunistischen Partei an Haupt und
Gliedern!

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS
DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 159247 · 2800 Bremen 15
Postscheck Hamburg Nr. 410077-205

Preis DM 1,50